

SPD Kreisverband Neumünster

a.o. Kreisparteitag am 29.09.2016, Holstenhallenrestaurant

**Antragsteller: Dietrich Mohr, Paul Weber, Nadja Winter,
Yvonne Zielke-Rieckmann**

Antrag Nr. 4, Demokratiebildung und Partizipation

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen sind dazu verpflichtet, Kinder an Entscheidungen, die ihr Leben oder das Leben der Gemeinschaft betreffen, zu beteiligen. Diese Verpflichtung zur Partizipation kann neben Art. 12 UN-Kinderrechtskonvention und § 8 Abs. 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) auch dem Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen (Kindertagesstättengesetz - KiTaG) vom 12. Dezember 1991 entnommen werden.

Viele Neumünsteraner Kitas setzen diese gesetzlichen Vorgaben bereits um und tragen damit entscheidend zur Demokratiebildung bei, doch nach wie vor arbeiten nicht alle Kitas partizipativ.

Doch selbst wenn Kinder in der Kita die Möglichkeit hatten, mitzuwirken und mitzugestalten und damit zu lernen, dass ihre Stimme etwas bewirkt, enden die echten Beteiligungsmöglichkeiten in den meisten Fällen nach dem Übergang in die Grundschule. Hier gibt es kaum partizipative Strukturen, die es Kindern ermöglichen, an Entscheidungen, die ihr tägliches Leben betreffen, mitzuwirken.

Um allen Kindern die gleichen Chancen auf echte Beteiligung in den Kitas zu bieten und die Demokratiebildung durch die Weiterführung partizipativer Strukturen an der Grundschule nachhaltig zu gestalten, wird die Rathausfraktion im Rahmen der kommunalen Bildungsplanung aufgefordert dafür zu sorgen, dass

1. die Verwaltung eine Matrix mit Mindestanforderungen für die Partizipation in der Stadt unter Beteiligung relevanter Akteurinnen und Akteuren (Kitaleitungen, Wohlfahrtsverbände, JVN, DKSB etc.) erarbeitet und
2. Kitas und Grundschulen beim Übergang zusammenarbeiten, um zu gewährleisten, dass die Grundschülerinnen und -schüler die partizipativen Strukturen der Kita auch in den Grundschulen wiederfinden. Dazu sollen an jeder Grundschule eine Schülervertretung, wie sie bereits an der Pestalozzischule erfolgreich besteht, etabliert werden.

Begründung:

Bei der Demokratiebildung in Kitas und Grundschulen geht es weniger um die Vermittlung politischen Wissens, sondern vor allem um die Entwicklung politischer Persönlichkeiten. Dazu gehören die Haltung, sich verantwortlich für die eigenen Belange und die der Gemeinschaft zu fühlen sowie die Fähigkeit, sich konstruktiv streiten zu können, also eigene Interessen vertreten, sich in andere hineinversetzen und es aushalten zu können, wenn man sich nicht durchsetzen kann. Diese Haltungen und Fähigkeiten bilden die Grundlage für demokratisches Handeln. Sie entwickeln sich bereits in einem frühen Alter. Daher kann Demokratiebildung nicht vermittelt werden, sondern muss im täglichen Leben eingeübt werden. Aus diesem Grund ist es so wichtig, dass Kinder in ihrem alltäglichen Leben Partizipationsmöglichkeiten erhalten. Nicht umsonst werden Kitas auch als die „Kinderstube der Demokratie“ bezeichnet.¹ Doch auch im Anschluss an die Kita müssen Kinder Möglichkeiten der Beteiligung erfahren, um demokratische Haltungen und Werte nachhaltig zu erlernen und zu verinnerlichen. Eine Kooperation zwischen Kita und Grundschule zur Weiterführung partizipativer Strukturen ist daher unabdingbar.

¹ Hansen, Rüdiger (2003): Die Kinderstube der Demokratie - Partizipation in Kindertagesstätten. Online abrufbar unter <http://www.kindergartenpaedagogik.de/1087.html>